

Baustoffe aus Holz und anderer Biomasse binden Kohlenstoff für lange Zeiträume

Nachwachsende Rohstoffe in der Auftragsvergabe

Neben der Energie- stellt auch die Rohstoffwende unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Nachwachsende Rohstoffe leisten nicht nur einen wesentlichen Beitrag zu der viel zitierten Energiewende, sie punkten auch im stofflichen Bereich bei Ressourcen- und Klimaschutz und regionaler Wertschöpfung. So binden etwa Baustoffe aus Holz und anderer Biomasse Kohlenstoff für lange Zeiträume und wirken so als Klimaschützer. Wird die Beschaffung nach umweltfreundlichen Kriterien ausgerichtet, ist der öffentliche Einkauf deshalb gefragt, biobasierte Produkte zu berücksichtigen. Noch aber tut sich so manche der rund 30 000 Vergabestellen in Deutschland damit schwer.

Einer der Gründe: Der Einkaufspreis biobasierter Produkte ist häufig höher. Betrachtet man jedoch die potenziellen Vorteile dieser Produkte, wie ihre vielfach hohe Qualität, ihre hohe Energieeffizienz bei der Herstellung, die guten gesundheitlichen Eigenschaften, die längere Lebensdauer, die Kohlenstoffbindung und die einfache Entsorgung, kann sich der Anschaffungspreis relativieren. Noch werden diese so genannten Lebenszykluskosten zu wenig berücksichtigt.

Hemmend wirkt außerdem, dass auch Akteure im öffentlichen Einkauf eingefahren und gewohnte Wege eher ungenutzt verlassen, zumal die Vielfalt biobasierter Produkte längst nicht überall bekannt ist. Damit sich das ändert, veranstaltet die FNR am 14. November 2013 in Berlin den



Holz als Baustoff ist universell einsetzbar und erfreut sich immer größerer Beliebtheit.

FOTO HAAS FERTIGBAU

Kongress „Nachwachsende Rohstoffe in der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung“.

Solange die Wirtschaftlichkeit allein über die Summe der Erstinvestition definiert wird, benötigen Beschaffungsverantwortliche für

eine stärkere Berücksichtigung von Umweltaspekten die Rückendeckung ihrer Entscheidungsträger durch einen entsprechenden Grundsatzbeschluss. Der könnte zum Beispiel die Anforderung beinhalten, bei der Beschaffung in-

nerhalb der Verwaltung den Aspekt „nachwachsender Rohstoff“ bei der Materialauswahl zu berücksichtigen. Dies ist im Rahmen einer Beschaffungsleitlinie für die Verwaltung näher auszugestalten und gegebenenfalls auf ein-

zelne Produktgruppen herunterzubrechen – vom Cateringgeschirr aus Biokunststoff für Veranstaltungen bis zu Büromöbeln aus Vollholz, von Bioschmierstoffen für den Fuhrpark bis zum Neubau in Holzbauweise. Ein guter Anlass

für eine solche strategische Neuausrichtung der Einkaufspraxis könnte die Einführung der elektronischen Beschaffung sein.

Tatsächlich sind ganz erhebliche Gestaltungsspielräume im Rahmen der Beschaffung möglich – schade, wenn diese nicht ausgeschöpft werden!

Service: Das FNR-Projekt „NawaRo-Kommunal“ bietet zahlreiche Materialien und Veranstaltungen rund um das Thema „Nachwachsende Rohstoffe in der öffentlichen Auftragsvergabe“ und ist im Internet auf www.kommunal.fnr.de präsent.

Dieses Jahr erschienen ist zum Beispiel das „Themenhaft I für Entscheider“ mit diversen Tipps und Musterformulierungen. Es ist Bestandteil des „Handlungsleitfadens Nachwachsende Rohstoffe in der öffentlichen Auftragsvergabe“. Die Folgen 2 „Öffentliches Bauen und Sanieren“ und 3 „Öffentliche Grünflächen und Forst“ sind in Vorbereitung. Das Themenheft I ist schon jetzt in der Mediathek auf www.fnr.de kostenfrei bestell- oder downloadbar.

Der Kongress „Nachwachsende Rohstoffe in der öffentlichen Auftragsvergabe“ findet am 14. November 2013 in Berlin statt. Informationen und Anmeldung auf www.fnr.de/kongress-nawarokommunal-2013/. Auf der KOMMUNALE in Nürnberg ist das FNR-Projekt „NawaRo-Kommunal“ in Halle 12 an Stand 242 vertreten. > ANDREAS SCHÜTTE

Der promovierte Autor ist Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR).

AKDB kooperiert mit der Wilken GmbH und optimiert das Bürgerservice-Portal

Termine richtig managen

Alle bayerischen Kommunen können ihr Termin- und Ressourcenmanagement bald mit der Terminierungssoftware der Wilken GmbH aus dem baden-württembergischen Ulm noch bürgerfreundlicher über das Internet abwickeln. Die Terminvergabe bei Bürgerdiensten oder bei Belegung von Veranstaltungsräumen steigert den Bürgerservice deutlich. Ein Kooperationsvertrag sichert jetzt der AKDB, der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, entsprechende Vertriebsrechte.

Die Software wird in Kürze in das AKDB-Bürgerservice-Portal integriert, das bereits annähernd 100 Städte und Gemeinden einsetzt. „Dieses System vereinfacht die Kommunikation mit den Bürgern deutlich: Sie sehen im In-

ternet nicht nur sofort, wann welche Termine oder Ressourcen verfügbar sind, sondern können diese dann auch direkt beim zuständigen Sachbearbeiter reservieren“, lobt der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth.

Vorbereitung von Besuchen in der Verwaltung erleichtern

Zudem unterstützt die Terminierungssoftware die Vorqualifizierung der Besuche. Schon bei der Terminauswahl erfährt der Bürger, welche Unterlagen er für sein Anliegen vorbereiten muss. Mit der Software können auch komplexere Abläufe im Besu-

chermanagement abgebildet werden, zum Beispiel im Bürgerbüro, in der Wohngeldverwaltung, im Bauamt oder im Ausländerwesen. „Damit bieten wir den Kommunen ein Werkzeug, mit dem sie ihre Service-Qualität und Bürgernähe deutlich steigern können, ohne dass sie dafür einen großen technischen Aufwand betreiben müssen“, so Schroth weiter.

„Die Entscheidung der AKDB in Bayern belegt, dass wir ein praxisgerechtes Werkzeug geschaffen haben, mit dem sich die Prozesse zwischen Kommune und Bürger deutlich verbessern lassen“, so Folkert Wilken, Geschäftsführer der Wilken GmbH. Das System ist seit mehreren Jahren erfolgreich im Einsatz, unter anderem bei den Städten Nürnberg und Ulm. > B52

INFRASTRUKTUR

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Wir fördern die Infrastruktur – für einen starken Standort Bayern.

Sie investieren in Versorgungs-, Verkehrs- oder Energievorhaben? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de



Databund erstmals auf Kommunale 2013

Bundesweites Netzwerk

Der Databund – Bundesverband der mittelständischen Softwareunternehmen und IT-Dienstleister für den kommunalen Sektor – und seine Mitgliedsunternehmen präsentieren sich mit einem großen Gemeinschaftsstand auf der Kommunale 2013 in Nürnberg.

Ulrich Schlobinski, Vorstandsvorsitzender des Databund e.V.: „Die Kommunale in Nürnberg ist die wichtigste kommunale Fachmesse im Süden. Das zeigen die Besucher- und Ausstellerzahlen von 2011 eindrucksvoll. Mit dem Databund-Gemeinschaftsstand wollen wir an die erfolgreichen Messeauftritte im Public Sector Parc der CeBIT anknüpfen und eine zentrale Plattform für kommunale IT- und Fachverfahrenskompetenz bieten.“

Auf über 300 Quadratmetern präsentieren sich auf dem Databund-Gemeinschaftsstand (Stand 402) insgesamt 19 führende Soft-

ware- und Fachverfahrenshersteller mit ihren Produkten, Dienstleistungen und Lösungen. Die Fachbesucher erwartet das gesamte Fachwissen der marktführenden Unternehmen der Branche.

Databund ist mehr als die Summe aller Einzelaussteller

Ulrich Schlobinski: „Der gemeinschaftliche Messeauftritt unter der Marke Databund ist weit mehr als die Summe aller Einzelaussteller. Neben den Präsentationsplätzen der Unternehmen bieten wir mit der Databund-Lounge und dem IT-Talk der Kommunen – in Zusammenarbeit mit der Nürnberg Messe – eine Kommunikations- und Diskussionsplattform sowie eine zentrale Anlaufstellen für praxis-

erprobte und leistungsfähige Fachanwendungen und Software aus nahezu jedem Bereich der öffentlichen Verwaltung.“

Der Databund wurde im Januar 2006 gegründet, um den Herstellern von kommunalen Fachverfahren und Softwarelösungen ein zentrales Forum zu bieten. Mittlerweile hat sich der Databund als kompetente Interessenvertretung für den kommunalen IT-Sektor etabliert und ist Ansprechpartner für Entscheider und Multiplikatoren aus Politik und Verwaltung – sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene.

Viele mittelständische Software- und Fachverfahrenshersteller haben die Bedeutung eines bundesweiten Netzwerkes erkannt: Gemeinsames Handeln, Durchsetzung gemeinsamer Interessen, zielgerichtete Verbandskommunikation, sachbezogene Kampagnen. Die Mitgliederzahl steigt stetig. > B52

Veranstaltung in Würzburg brachte die Gegensätze zu Tage

Neuer Ärger statt neuer Wasserkraft

Wasserkraft ist eine unendliche Energieform. Dennoch ist sie heftig umstritten. Beim Bayerischen Wasserkraftforum in der Würzburger Residenz traten die Differenzen zwischen Energiewirtschaft und Umwelt- sowie Fischschützern deutlich zu Tage.

Auch wenn Anne-Marie von Hassel vom Veranstalter *Bayerische Gemeindezeitung* „Lösungen, die für alle Betroffenen akzeptabel sind“ fordert: Selbst auf neue fischschonende Technik reagieren Wasserkraftgegner mit neuen Vorwürfen. Die Regenerativ-Energie würde mehr schaden als nutzen, sagen Umwelt- und Fischschützer.

Bei neuen oder besseren Wasserkraftwerken denken Verantwortliche von Behörden und Energiewirtschaft in drei Richtungen. Einerseits steht die Frage an, ob, wo und wie viele neue Pumpspeicherkraftwerke benötigt werden, um die schwankende Erzeugung von Sonnen- oder Windstrom mit dem Verbrauch in Einklang zu bringen. Sprich: „Neubauten. Da gibt's die größten Hindernisse. Das geht nur in ökologisch nicht bedeutsamen Gebieten und nur mit neuen Technologien. Doch es gibt ein Problem: Oberwasserbecken lassen sich nicht ganz in der Landschaft verstecken“, erklärt Josef Neiß vom bayerischen Wirtschaftsministerium.

Andererseits „spielen vorhandene Wehrbauwerke eine große Rolle. Gesetzlich verankert vom Bund“, sieht Neiß Chancen, an stillgelegten Wehren, Staustufen und Wassertreppen neue Turbinen oder Räder zu installieren. Darüber hinaus spielt die verbesserte Effizienz bestehender Fluss- und Staueekraftwerke eine wichtige Rolle im Energiekonzept der Staatsregierung.

Wasserkraft hat Ausbaupotenzial

Studien von Bayerns Umweltministerium und der Energiewirtschaft bestätigen: Wasserkraft hat im Freistaat ein Ausbaupotenzial von über 1000 Gigawattstunden pro Jahr. Die Stromerzeugung mit dieser Technik könnte damit etwa um ein Zehntel steigen. Gebe es da nicht „gigantische Widerstände gerade für neue Pumpspeicherkraftwerke. Nicht vergütungspflichtig“ nennt Neiß diese bestehenden Ausbaupotenziale.

Doch seit der Verkündung des Energiekonzepts im Mai 2011 ist nicht viel passiert. Das liegt laut dem Wirtschaftsministerium auch am Umweltministerium. Das arbeite an einem „bayerischen Wasserkraftgesetz“. Der ist Ende

des Jahres wohl fertiggestellt“, meint Neiß. Hohe Chargen des Umweltressorts sehen das eher skeptisch.

Dominik Godde von E.ON Kraftwerke wirkt allgemein nicht glücklich über das Mehr an Erneuerbaren Energien: „Hohe Kosten, Wildwuchs im Zubau, Stromerzeugung nicht im Einklang mit der Stromnachfrage“ stellt er fest und sieht „die Netzstabilität kritisch“. 60 Gigawatt Wind- und Photovoltaik-Kraftwerke „passen nicht zum Netz und nicht zum liberalisierten Marktmodell“, schimpft er.

Godde freut sich offensichtlich, dass „ein gewisses Nachdenken bei der Bevölkerung einsetzt und die Akzeptanz der Energiewende nachlässt“. Für den Professor sind „Eingriffe ins Netz nicht mehr der Notfall wie früher, sondern der Normalfall. Hochdramatisch“ sieht er den Zustand der Leitungsnetze und erwartet „durch mehr EEG immer mehr Planwirtschaft“. Trauert er den früheren Monopolen zum Geldverdienen immer noch nach? Die eigentliche Frage seines Vortrags, wie die Wasserkraft der Energiewende helfen kann, geht der E.ON-Mann dagegen nicht an.

„Wir probieren einen alschoenen Betrieb, sind aber sehr am Anfang. Wir bauen Zickzackrohre vor den Turbinen als Aalabstiegsanlagen, wir schaffen Laichhabitate beim Kraftwerk Knetzgau: Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG (RMD), bringt mit seinen Berichten über Tests am Main, den Fluss wieder durchgängiger für Fische zu machen, anwesende Fischschützer in Rage.

„Warum gibt es nur Abstiegs-, nicht aber Fischaufstiegsanlagen? Das Töten beim Abwärtswandern ist seit 100 Jahren bekannt. Es ist traurig, dass es offenbar niemanden interessiert, außer die RMD. Aber im Main werden andere Fischarten in Millionenumfang getötet. Die werden nicht gehäckselt, sondern sterben wegen der Gravitation.“ 20 Wirbelsäulenbrüche in einem einzigen Fisch hätten Untersuchungen ergeben, behauptet ein Fischereivertreter und brandmarkt die Tests der RMD „kläglich und halbherzig“. Er schlägt als Lösung Turbinen vor, die Fischen einen schadenfreien Weg hindurch möglich machen.



Das Donau-Kraftwerk Jochenstein liefert seit Jahrzehnten zuverlässig Ökostrom.

FOTO DPA

RMD-Vorstand Schleich kontert: „Wir würden ja gerne mit der Naturschutzseite zusammenarbeiten. Aber leider hat die die Idee des Naturschutz-Forums verlassen. Geben Sie uns Ratschläge“, fordert er. Doch dank der gegenseitigen Vorwürfe verhalten die Gesprächsangebote fast ungehört.

Dabei gebe es genau solche „fischfreundlichen Turbinen“. Eine stellt Thomas Grunig vom holländischen Hersteller Pentair sogar auf dem Forum vor. Ein anderer Produzent ist Voith aus dem schwäbischen Heidenheim. Aber selbst solche Investitionen scheitern, weil „nur realisiert wird, wenn die Akzeptanz da ist“, wie mehrere Referenten erklären. Werden einzelne Schreihälse mehr beachtet als eine schweigende 99-Prozent-Mehrheit?

Dabei können sich Wehre auch positiv auswirken, ist Franz Pöhler von den Bayerischen Elektrizitätswerken BEW sicher: „Ohne Flusswasserkraft an der Wertach

wären wir heute dort den Grand Canyon von Bayern“, einen tiefen Einschnitt also. Auch beim Naturschutzprojekt Donauwald sei „die Wasserkraft Partner der Natur“. Doch für solche Renaturierungen steht kaum Geld zur Verfügung: Für den Donauwald, „eines von zehn Projekten bundesweit“, stehen zwischen 2010 und 2018 rund 10 Millionen Euro zur Verfügung, Bundesförderung inklusive.

Wasserkraft soll in Bürgerhand

Michael Sedlmair (FW), Bürgermeister der Gemeinde Ismaning und Vorstand im Bayerischen Städtetag schlägt einen anderen Weg vor: „Bei Wasserkraft alles in Bürgerhand. Das ist ein wichtiger Punkt.“ Mehrere Wasserkraftwerke haben die Ismaninger im Ort in den letzten Jahren erneuert. Und mit der

„Energieallianz Bayern“ (EAB) aus mehreren Kommunen konnten einige Innkraftwerke übernommen werden. Nicht zu vergessen: das Pumpspeicherkraftwerk Jachenau, das sich die EAB „angetan“ habe, wie Sedlmair anmerkt. „Obwohl alle dahinter stehen, hat man eine negative Presse“, ärgert er sich, dass wenige Kritiker die Medien im Griff haben. Für den Bürgermeister ist deshalb „der wichtigste Mann der Pressesprecher“. Der müsse „versuchen, für Sachlichkeit zu werben“. Bei Jachenau mit Kosten von 600 Millionen Euro ist für Sedlmair „strenge Wirtschaftlichkeit die Voraussetzung“. Doch dann „bleibt die Wertschöpfung im Ort, es ist nachhaltig und klimaschonend“.

„Ungefähr so stelle ich mir Kommunalpolitiker vor: Nachhaltig“, lobt denn auch Organisatorin von Hassel dessen Engagement für erneuerbare Wasserkraft. Dennoch sieht Ministerialdirigent Neiß „den Strommarkt klar ver-

zerrt durch die Planwirtschaft bei Erneuerbaren Energien“.

Und Renate Schwärzke vom „Landesarbeitskreis Wasser“ des Bund Naturschutzes gießt zusätzlich Wasser in den Wein. Sie zitiert eine nagelneue Studie der Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG): Wasserkraft würde zwar kein CO₂ produzieren, die zugehörigen Stauseen aber 25 Mal klimaschädlicheres Methan.

Andreas Lorke von der Uni Koblenz-Landau, einer der Studienmacher, bestätigt der *Staatszeitung*: „Neue Sedimente sind der Hauptgrund“, bestehende Stauseen wären also nicht so klimaschädlich wie neue. Marcus Ell vom Bayerischen Umweltministerium sieht aber hier kein Problem: Bei der Genehmigung von Wasserkraftanlagen „ist auch das ein Prüfungspunkt bei der Abwägung. Doch Wasserkraft steht grundsätzlich im öffentlichen Interesse, weil sie besondere positive Merkmale hat. Dazu stehe ich.“

> HEINZ WRANESCHITZ

Besuchen Sie uns vom 23. bis 24. Oktober 2013 auf der Kommunale an unserem Stand 418 im Nürnberger Messezentrum.

Gezielt fördern und finanzieren

BayernLabo: Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern

Mit zinsgünstigen Kommunalkreditlinien und speziellen Förderkreditlinien unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben. Besondere Fördermöglichkeiten bieten wir im Rahmen der Energiewende. Näheres erfahren Sie unter www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Ausbildung zum EUREM, zum europäischen Energiemanager

Ein Erfolgsmodell „Made in Frankonia“

EUREM: Das Kürzel steht für „Europäischer Energiemanager“. Die Weiterbildung, gedacht für Energiebeauftragte in Unternehmen, geht maßgeblich auf Nürnberger Ideen zurück. Heute werden EUREMs sogar in China ausgebildet. Der Kurs dauert fast ein Jahr.

EUREM ist eine Erfolgsgeschichte, Made in Franken. Die Ursprünge reichen bis ins Jahr 1999 zurück. Damals gebaren Robert Schmidt, Innovationschef der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, und Marco Wagner von der Nürnberg-Hamburger PE Projects Energy GmbH den Kurs für Fachleute.

Vor ein paar Wochen im Feuerbachsaal der IHK Nürnberg kommt sich Robert Schmidt vor „wie beim Klassentreffen. Wir alle sind irgendwie zusammenge-

aus Deutschland. Doch dann drang das Energiebewusstsein bis in die Chefetagen vieler Unternehmen durch. Das führte allein zwischen 2009 und heute zu einer Verdreifachung auf über 3300 Energiemanager. 226 Trainings waren dafür notwendig, denn nicht die Masse, sondern die Klasse steht im Vordergrund.

„Nicht einzelne Energieformen, sondern bereichsübergreifend und strategisch“ sollen die EUREM-Absolventen ihren Betrieb betrachten, wird ihnen gelehrt. „Druckluft, Beleuchtung, Antriebe, Erneuerbare Energien“ – alles was möglich und wirtschaftlich leicht zu erreichen, wie Robert Schmidt herausstellt.

Das Netzwerken stärkt

2009 war ein Meilenstein. Damals trafen sich erstmals EUREM-Weitergebildete zum Informationsaustausch, und zwar in den Räumen der Nürnberger IHK. Nach zwei weiteren Treffen des „EUREM-Net“ in Wien (2010) und Prag (2011) fand das vierte „Klassentreffen“ der firmeninternen Energieeffizienzexperten wiederum in Nürnberg statt.

Dass solches „Netzwerken stärkt“, da ist sich Schmidt ganz sicher. Doch er baut neben den Treffen vor allem auf „die virtuelle Energiemanager-Plattform www.energymanager.eu“. Mit Login haben darauf all diejenigen Zugriff, die einen EUREM-Lehrgang durchlaufen haben. Und dort im Web können sie ihre Erfahrungen teilen und fast genauso austauschen wie bei den Treffen in der realen Welt. Zumal natürlich nicht alle die Zeit, Gelegenheit und finanziellen Möglichkeiten für eine jährliche Dienstreise haben. Aber immerhin: Heuer waren knapp 200 EUREMs in Nürnberg dabei, davon etwa 40 Prozent aus dem Ausland.

BSZ Staatszeitung auf der Kommunale

Auch die Bayerische Staatszeitung ist bei der Fachmesse Kommunale 2013 in Nürnberg wieder dabei. Besuchen Sie uns in Halle 12 am Stand 414 und sprechen Sie am 23. Oktober 2013 nach der offiziellen Messeeröffnung mit BSZ-Chefredakteur Ralph Schweinfurth. Wir freuen uns auf Sie!

schweift“, viele kennen sich persönlich. Und außerdem sei man ständig über eine „virtuelle Plattform“ in Kontakt.

Die Unternehmensberaterin Hermine Dimitroff-Regatschnig aus Graz ist laut Schmidt „die Seele des EUREM-Lehrgangs in Österreich und insgesamt zuständig für die Qualitätssicherung“. Denn solch eine Funktion ist inzwischen unerlässlich. Heute bildet ein Netzwerk Ausbildungsstätten an 57 Orten in 21 Staaten weltweit EUREMs aus. Zuletzt ist die Guozheng International Education Investment Co. Ltd. in Peking/China dazugekommen.

Es lief ziemlich langsam an mit der EUREM-Weiterbildung. In den ersten zehn Jahren fanden sich für die Lehrgänge in 15 EU-Ländern gerade einmal 1000 Bildungswillige, die meisten davon



Wer sich mit Energieanlagen auskennt, kann Kommunen viel Geld sparen.

FOTO BILDERBOX

Zu jeder Weiterbildung gehört eine Praxisarbeit. Wie man inzwischen weiß, spart jeder neue EUREM dabei durchschnittlich 750 Megawattstunden (MWh) Energie bzw. 300 Tonnen CO₂ ein. Dadurch werden Energiekosten um etwa 30 000 Euro jährlich gesenkt. So war in Nürnberg 60 000 Tonnen CO₂-Reduktion an einem Ort versammelt.

Die Reduktion hat etwa drei Jahre Amortisationszeit. Wobei diese Ersparnis ja einerseits auf lange Sicht erhalten bleibt, und andererseits die meist an verant-

wortlicher Stelle agierenden Energiemanager ja auch weiterhin Potenziale erschließen.

Dennoch spricht Stephan Schwarzer von der Wirtschaftskammer Österreich das aus, was viele EUREMs denken: „Wir sind noch lange nicht zufrieden. Heute sind wir bei der Energieeffizienz so weit, wie die Erneuerbaren Energien vor 10 Jahren waren. Wir haben das Abheben noch vor uns“, sagt er voraus. Gerade in Europa, wo „die EU-Effizienzrichtlinie 2014 in Kraft tritt. Und bei uns in Österreich macht ein

Gesetz Effizienz zur Pflicht.“

Die Fachkenntnis dafür zu stärken sei „der sinnvollste Ansatz. Firmen mit Energiemanagern kommen mit Strategie und Kosten besser zurecht. Mit EUREM Plus können wir eine neue Rakete zünden, weil wir uns noch stärker professionalisieren“, sieht der Österreicher Schwarzer Goldene Zeiten für das Zertifikat.

Im Juli geht EUREM Plus an den Start. Projektleiter Stefan Hübel von der IHK Nürnberg: „Mit diesem dritten EUREM-EU-Förderprojekt stärken wir einerseits

die Marke. Und es kommen natürlich auch wieder sechs neue Staaten in Osteuropa dazu, die EUREM einführen.“

Doch in jedem Land gibt es unterschiedliche Schwerpunkte. In Tschechien beispielsweise ist das Interesse am Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sehr groß. Und in China nehmen besonders viele Beamte an den EUREM-Kursen teil. Dabei stammen sonst fast überall die Teilnehmer aus der Industrie, dort wo am meisten Energie zu sparen ist.

> HEINZ WRANESCHITZ

Nachhaltige Energie-Einspartechnik

Ausrüstung aller Lüftungssysteme mit multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungstechnik (MFWT®)

Die Luft- und Klimatechnik ist ein wichtiger Bestandteil moderner Gebäudetechnik und dient einer hohen Nutzungsqualität.

Bei rechtzeitiger Einplanung der SEW®-Rückgewinnungstechnik ergeben sich erhebliche Vorteile in Bezug auf Investitionen und Amortisationen sowie auf Betriebskosten und Erhaltungsaufwand.

Diese Technik bietet Lösungen, mit welchen hocheffizient Wärme, Kälte und sogar Strom eingespart werden. Heizkessel und Kältemaschinen werden spürbar kleiner und Rückkühlwerke entfallen ggf. ganz.

Die SEW®-Rückgewinnungstechnik basiert auf vollkommen getrennten Luftströmen zwischen Außenluft und Fortluft und ist damit absolut keim- und schadstoffübertragungsfrei und auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung!



Basisbauteil: Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher (GSWT®)

Bundesweite Vorbildprojekte



Bundeskanzleramt Berlin
Wärme*: 2.160 kW
Kälte*: 710 kW



Villa Stuck, München
Wärme*: 160 kW
Kälte*: 130 kW



Bayerischer Rundfunk, München
Wärme*: 2.274 kW
Kälte*: 735 kW



Cuvilliés Theater, München
Wärme*: 215 kW
Kälte*: 73 kW



SATURN Arena Ingolstadt
Wärme*: 1.100 kW
Kälte*: 781 kW



Sportschule Oberhaching
Wärme*: 1.475 kW
Kälte*: 339 kW



Schulzentrum Quidestraße München
Wärme*: 1.090 kW
Kälte*: 340 kW

* eingesparte Wärme- bzw. Kälteleistungen



Referenzen in Bayern

- Allotting: Kreislink
- Amstels: (A) Lenzklinikum Moustier
- Andechs: Max-Planck-Institut für Ornithologie
- Audalberg: Amersbach, Achillenberg
- Wasserwirtschaft, Fachhochschule
- Aschaffenburg: Institut für Umwelt, Bsp.
- Krankenhaus Hauptstuhl, Zentralklinikum
- Bald: Winklerrath, Steingergers Gemeinshof
- Bamberg: Klinikum am Bräuwall
- Bayreuth: Klinikum Bayreuth
- Bayreuth: Waldmann-Therme
- Bischhofswiesen: Medical Park Lopi AG
- Dachau: Amper-Kliniken
- Deggendorf: Donaukur-Klinikum Deggendorf
- Erlang: Amadeus Data Processing GmbH
- Erlangen: Universitätsklinikum - Apotheke
- Essenbach: Mpa AG
- Freising: Institut für Technik im Gartenbau an der FH Weihenstephan; Techn. Universität München-Weihenstephan
- Fürstentum: Kreislink
- Garching: Ludwig-Maximilians-Universität Garching - Attribut; Max-Planck-Institut für Quantenoptik; Techn. Universität München-Garching
- Garmisch-Partenkirchen: AFPC Hotel Gerdand
- Barnack
- Haag s. d. Amper: Erlaufner GmbH
- Haser: Schuchterwäherle
- Ingolstadt: Saturn-Arena; Audi AG
- Kalchauer: A&K Bayern
- Landshut: Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd
- Lappenberg: Turnhallen
- München: Bayer - Versicherungskammer; Bayer Nationalmuseum Bayer; Rindlark; Chirurgische Klinik; Nulbaunstr.; Cuvilliés-Theater; Deutsche Finanzagentur; Deutscher Theater; Jüdisches Museum; Klinik Thalkirchner Str.; Klinikum Großhadern; Klinikum Rechts der Isar; Krankenhaus Bamberg; Bieder; Neue Messe München; Münchener Rückversicherung; Museum Villa Stuck; Pöhl; Institut; Postamt; Gieseler; Polizeipräsidium "Löwenstraße"; Residenztheater; Schulzentrum; Quidestr.; Stadt; Krankenhaus; Haselberg und Schwabing; Technisches Rathaus; Techn. Universität - Weihenstephan; The Charles Hotel; Theaterisches Gesundheitszentrum; Tierpark Hellabrunn; U-Bahnhof im Hauptbahnhof; UFTO/W; Hochhaus am Olympiapark; Weicher Chemie GmbH; Zahnklinik der Universität
- Munich: Berufsberatungszentrale; Unfallklinik
- Neuburg: Universität der Bundeswehr München
- Nürnberg: BfK Bayerisches Rotes Kreuz; Postbank
- Oberhaching: Sportleistungszentrum
- Oberhaching: Bayerisches Landesamt für Lebensmittel
- Pasching: NPV Neue Presse Verlag GmbH
- Penzberg: Roche Diagnostics GmbH
- Pöng: Sportzentrum
- Regensburg: Krankenhaus St. Elisabeth
- Regensburg: Continental Automotive GmbH
- Hofmann: LP GmbH; Infonon Technologies AG;
- OSRAM; Sparkasse; Universitätsklinikum; Universität
- Rohlfing: S. Oliver
- Schöllbach: Turnhalle Realschule
- Schwandorf: Technische Universität
- Vilsbiburg: Draisinger Technologiezentrum
- Wien (A): Salzburgische Landesregierung
- Wolfratshausen: Kreislink
- Würzburg: Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt; Universität Würzburg - Max-Planck-Institut für Lebensmittel; Praktikumsgebäude

SEW® - Systemtechnik für Energiercycling und Wärmefflussbegrenzung GmbH
47906 Kempen • Industriering Ost 86-90 • Tel: 0 21 52 / 91 56-0 • www.sew-kempen.de

30 Jahre SEW®
1983 - 2013

Besuchen Sie uns in Nürnberg, wir informieren Sie gerne und umfassend zur GSWT®-Technologie sowie zu weiteren interessanten Innovationen.

NÜRNBERG 2013
KOMMUNALE
23. bis 24. Oktober
Halle 12, Stand 347

Über die Vorteile einer frühzeitigen Partizipation der Öffentlichkeit

Wann man die Bürger beteiligen sollte

Einer der häufigsten und gravierendsten Fehler im Zusammenhang mit Bürgerbeteiligung ist ein zu später Beginn. Viele Projekte lassen sich schwerer umsetzen, dauern länger und kosten mehr oder scheitern völlig, weil die Projektverantwortlichen sich für einen zu späten Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung entschieden haben. Doch wann ist der geeignete Zeitpunkt?

Ein aktuelles Beispiel aus Süddeutschland zeigt das Dilemma: In traumhafter Natur soll ein Pumpspeicherkraftwerk gebaut werden, die Pläne werden in der Presse bekannt, doch die Informationslage ist noch recht bescheiden. Trotzdem formiert sich Widerstand in der Region, mangels konkreter Informationen zum Projekt wachsen Gerüchte in den Himmel und es bilden sich Fronten, die von der Presse dankbar aufgegriffen und verstärkt werden. Doch statt mit professioneller Kommunikation den Dialog zu suchen, hüllen sich Projektverantwortliche bisher in Schweigen. Bürgerbeteiligung ist aktuell offenbar nicht geplant.

Der Verwaltung und Politik auf kommunaler, Landes- wie Bundesebene ist in den meisten Fällen inzwischen klar, dass sich Groß- und Infrastrukturprojekte, gerade im Zusammenhang mit der Energiewende, heute ohne Bürgerbeteiligung kaum mehr erfolgreich umsetzen lassen. Stadtentwicklung, Straßenbau, Energiewende und Netzausbau – überall formiert sich Widerstand der betroffenen Bürger. Auch private Träger wie Investoren, Projektentwicklungs- und Immobiliengesellschaften sowie Architekturbüros machen ihre Erfahrung damit. Bürger fordern heute mehr Information und Mitsprache bei der Planung und Zulassung von Groß- und Infrastrukturprojekten. Für eine erfolgreiche Umsetzung von solchen Projekten ist deshalb ein frühzeitiger Dialog mit den Interessengruppen vor Ort zwingend notwendig.

Schlechte Kommunikation

Das größte Manko bei der Umsetzung von Groß- und Infrastrukturprojekten ist meist die mangelnde bzw. mangelhafte Kommunikation. Viele Bürger haben das Gefühl, nicht rechtzeitig und umfangreich genug über die Vorhaben informiert und an den Verfahrensentscheidungen beteiligt zu werden. Selbst wenn die gesetzlich vorgeschriebene formelle Bürgerbeteiligung auf allen Planungsebenen wie Raumordnungs- oder Planfeststellungsverfahren peinlich genau eingehalten wird, reicht das heute nicht mehr aus.

Bürger stehen Veränderungen in ihrem Umfeld grundsätzlich erstmal skeptisch gegenüber. Deshalb ist es wichtig, möglichst frühzeitig und kontinuierlich zu kommunizieren, was sich ändern wird und wie sich der Einzelne informieren und beteiligen kann. Beteiligung kann dabei von der bloßen Information der Bürger bis hin zu ihrer aktiven Mitbestimmung reichen. Ziel ist es, durch Transparenz und Offenheit Vertrauen aufzubauen und mögliche Konfliktpunkte konstruktiv und

sachgerecht aufzulösen. Professionelle Bürgerbeteiligung hilft, die Akzeptanz und damit die Chancen für einen Konsens zu erhöhen und so eine größere Zustimmung zum Planungsergebnis zu erzielen, Verfahren zu beschleunigen und Zusatzkosten, zum Beispiel durch Bauverzögerungen wegen Gerichtsverfahren, zu vermeiden.

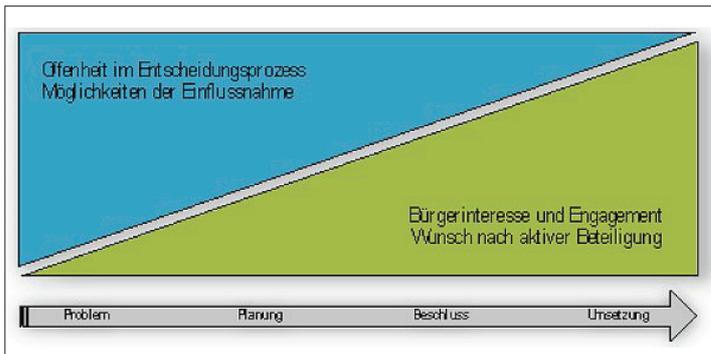
Der Zeitpunkt, zu dem die Öffentlichkeit beteiligt wird, beeinflusst auch entscheidend den Gestaltungsspielraum, den die Bürger erhalten. Für eine effiziente und wirksame Bürgerbeteiligung muss die Öffentlichkeit so früh wie möglich eingebunden werden, also „zu einem Zeitpunkt, zu dem noch alle Optionen offen sind“ (siehe Aarhus-Konvention, Artikel 6).

Widerstand und Frustration

Der optimale Zeitpunkt für den Start von Bürgerbeteiligung im Planungsprozess hängt auch von den Zielen und der Intensitätsstufe der Beteiligung ab. Will man die Bürger vor allem informieren oder konsultieren, also ihre Stellungnahmen zu einem Projektplan einholen, so muss dieser natürlich erst ausgearbeitet vorliegen. Will man jedoch gemeinsam mit den betroffenen Bürgern ein Projekt planen und umsetzen, ist eine Beteiligung von Anfang an unabdingbar. Je später die Öffentlichkeit eingebunden wird, umso mehr Entscheidungen zum Projekt sind bereits gefallen und umso weniger Gestaltungsspielraum bleibt für die Bürger. Das führt dann zu Widerstand und Frustration bei den Betroffenen und beeinflusst wesentlich den Erfolg und auch die Kosten des Projekts.

Ein weiterer wichtiger Faktor bei der Wahl des richtigen Zeitpunkts für Bürgerbeteiligung ist die Emotionalisierung der Zielgruppen. Je früher die Bürger beteiligt werden, desto konstruktiver und sachlicher gestaltet sich in der Regel der Beteiligungsprozess. Die persönliche Betroffenheit von einzelnen Bürgern ist geringer, Einzelinteressen spielen noch keine so dominante Rolle. Die Projektverantwortlichen können aus der Offensive agieren. Beginnt man dagegen erst mit Bürgerbeteiligung, wenn sich bereits erste Gegnerschaften formiert haben, Beschwerden und Widersprüche aufkommen und sich bei den Bürgern schon Ärger und Frustration angesammelt haben, geraten die Projektverantwortlichen in eine defensive Verteidigungsrolle, aus der heraus es viel schwieriger ist, das Projekt konstruktiv voranzutreiben.

„Je konkreter die Planung schon ist, je fixer die Bilder oder Entwürfe im Kopf der Beteiligten veran-



Mit Bürgerprotest umgehen, ist für jede Kommune eine Herausforderung. Gut gemeintes Verwaltungshandeln befördert oft erst den Protest. Darum ist ehrliche Kommunikation mit den Bürgern gefragt.

FOTO BILDERBOX/GRAFIK BRODMERKEL

ker sind, desto enger wird der Gestaltungsspielraum“, erklärt dazu das Praxisbuch Partizipation der Stadt Wien. Besteht der erste Schritt von Bürgerbeteiligung erst in der Vorlage eines ausgearbeiteten Planentwurfs zur Kommentierung, werden sich vor allem jene beteiligen, die gegen das Projekt sind. Zu diesem Zeitpunkt wird es dann schwierig, alle Interessengruppen ausgewogen in die Diskussion einzubeziehen. Nachträgliche Planänderungen sind zudem meist aufwendig, zeit- und kostenintensiv.

Brauchen wir das?

Die großen Entscheidungen im Rahmen einer Projektentwicklung werden meist zu einem frühen Zeitpunkt getroffen. Hier stehen strategische Grundsatzzfragen an nach dem Bedarf (was brauchen wir?), dem Ziel und dem Zweck (wozu brauchen wir das?), den Kapazitäten (wie viel brauchen wir davon?) oder den Standorten

(wo wäre der optimale Platz dafür?). In dieser Phase eines Projekts, also im Vorfeld eines eigentlichen, formellen Planungsverfahrens, steht der Blick auf das Ganze noch im Vordergrund, die Planungsunterlagen können noch den Wünschen und Ideen aller Interessengruppen angepasst werden. Doch während anfangs meist noch mehrere Optionen zur Wahl stehen, reduzieren sich diese zwangsläufig im Projektverlauf, je weiter fortgeschritten das Planungsverfahren ist. Die Offenheit im Entscheidungsprozess nimmt also ab. Je früher Bürgerbeteiligung beginnt, desto einfacher lassen sich mögliche Konfliktpotenziale noch beseitigen oder minimieren.

Andererseits ist das öffentliche Interesse und Engagement für Projekte zu Beginn der Planungsphase meist relativ gering. Bürger zu diesem Zeitpunkt zu einer kontinuierlichen Beteiligung zu animieren ist schwierig, da der Absorptionsgrad der Projektplanung noch hoch ist und eine Realisierung des Projekts meist noch in

weiter Ferne liegt. Je weiter die Planungen fortschreiten und je weniger Gestaltungsspielraum noch zur Verfügung steht, desto größer wird meist das öffentliche Interesse und die Betroffenheit der Bürger. Denn nun zeichnet sich die eigene Betroffenheit konkreter ab und das Engagement steigt. Man spricht hier vom Partizipationsparadox.

Paradebeispiel Stuttgart 21

Paradebeispiel ist hier wie so oft beim Thema Bürgerbeteiligung Stuttgart 21. So antworteten Bürger auf die Frage, zu welchem Zeitpunkt sie sich erstmals veranlassen lassen, sich gegen Stuttgart 21 zu engagieren, zu 31 Prozent mit der Ablehnung des Bürgerbescheids 2007, auch in den Jahren danach lagen die Werte für Engagement hoch, während zehn Jahre vorher bei der Vorstellung der Architekturentwürfe nur 5 Prozent reagierten.

Fazit: Bürgerbeteiligung sollte

so früh wie möglich erfolgen, wenn noch größtmöglicher Gestaltungsspielraum besteht. Dazu gehört eine möglichst frühzeitige, umfassende und zielgruppengerechte Information der Planungs-betroffenen im Vorfeld eines formalen Planungs- und Genehmigungsverfahrens. Dies kann das Interesse am Vorhaben steigern und die Partizipation erhöhen. Die Interessengruppen müssen dazu frühzeitig angesprochen und zum Dialog aktiv eingeladen werden.

Aber auch wenn man den „optimalen Zeitpunkt“ der Bürgerbeteiligung schon verpasst hat und sich spätere Beteiligung oft vor allem in Widerstand äußert, ist es nie zu spät zum Dialog aller Beteiligten und einer Versachlichung der Debatte.

> FRANK BRODMERKEL

Der Autor ist Inhaber der Agentur Grüne Welle Kommunikation in München und Dozent an der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) für die Themen Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit.

Konzentrierte Kommunale Kompetenz

Lösungen von den 19 führenden mittelständischen Softwareherstellern und IT-Dienstleistern finden Sie auf der **KOMMUNALE 2013** auf einem Stand.
Halle 12 | Stand 402

Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e.V.

www.databund.de

Altmeier und Fell zur Energiewende

Zwei Energiepolitiker mit völlig unterschiedlichen Zielen

„Zehn Mal Windradhöhe, also mindestens 2000 Meter Abstand zu Orten: Mit dieser plakativen Forderung hat Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) im Sommer viel Staub aufgewirbelt. Das war einer der Punkte, über die Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, kürzlich in Neustadt/Aisch mit geladenen Gästen diskutierte.“

„Die Energiewende greift!“ Das steht für den CSU-Abgeordneten aus dem Wahlkreis Fürth-Neustadt/Aisch fest. Doch die Energiewende klappe nur, wenn die Bevölkerung zustimmt, meint er. „Weder Privatleute noch Unternehmen sollen überfordert werden.“ Schmidt denkt an die steigenden Energiepreise im Allgemeinen. Und an die Angst der Menschen, sich Strom, Öl, Gas oder Benzin bald nicht mehr leisten zu können.

Komplexe Fragen über alte und neue Energieformen braucht er nicht selbst zu beantworten. Zur fachlichen Unterstützung ist Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) da. Der soll Anfang Juli anlässlich eines Besuchs beim Regionalversorger N-ERGIE AG die Seehofer-Initiative abgelehnt haben. Schrieb damals die Nachrichtenagentur dpa.

Windvorrangs im Baugesetzbuch“, ärgert sich Fell. Er wirft der bayerischen Staatsregierung deshalb „Rechtsbruch“ vor. Die habe zwar gemeinsam mit Sachsen eine Bundesratsinitiative gestartet. Doch die wurde diese Woche sogar von der Tagesordnung der Länderkammer genommen: „Mehr Beratungsbedarf“ nennt die Bundesratspräsidentin als Grund. Es gibt also kein Abstandsgebot. „Trotzdem weist Seehofer die Behörden an, Windradgenehmigungen vollkommen rechtswidrig faktisch auszuschließen. Damit handelt er gegen rechtsstaatliche Grundsätze, so wie es Regierungen in Bananerepubliken machen“, fährt Fell scharf geschütz gegen Bayerns Ministerpräsidenten auf.

Auch Peter Altmaiers Wunsch, den Windausbau wegen fehlender Stromleitungen einzubremsen, kommt bei Fell nicht gut weg. „Das ist, als wenn man der Autoindustrie verbietet mehr Fahrzeuge zu verkaufen, solange es Autobahnen gibt.“ Der Minister sei für Netzausbau und die Weiterentwicklung des EEG in der Verantwortung, sagt Fell. „Altmaier kann seine Netzausbauforderungen also selbst erfüllen.“

Vielleicht hofft Fell, Peter Altmaier könne seine Meinung auch hier revidieren. So wie es der Umweltchef jetzt in einem anderen Punkt getan hat, der ebenfalls für Neu-Energie-Investoren gut ist. Er und sein Wirtschaftsministerkollege Philipp Rösler (FDP) hatten noch im Frühjahr vorgeschlagen, Ökostromvergütungen rückwirkend zusammenzuziehen. In Neustadt verspricht er nun: Die Vergütung, die es zu Beginn der Stromproduktion aus Sonne, Wind oder Bioenergie gibt, werde auf 20 Betriebsjahre nicht eingeschränkt. „Die Investitionen sind sicher.“

Falsch verstanden

Doch in Neustadt erklärt der Minister das Gegenteil. Er fühlt sich „damals falsch verstanden“, sagt er auf Nachfrage der *Staatszeitung*. Er denke beim Windkraftausbau „ähnlich“ wie Bayerns Regierungschef Seehofer. „Ich habe von Anfang an dessen Initiative begrüßt. Ich habe sie nicht kritisiert, sondern gesagt, nur so werden weniger Windräder im Binnenland gebaut.“

Der Hintergrund: Nimmt man alle Länderpläne für Windkraftwerke zusammen, dann würden bis 2020 in Deutschland 1,6 mal so viele Rotoren entstehen, wie die Bundesregierung als Ziel ausgegeben hat. „Deshalb müssen wir entscheiden, wo. Der Vorschlag aus Bayern ist sehr vernünftig für ein neues Gesetz“, erklärt der Minister. Statt freiem Markt will Altmaier also den Ausbau von Windkraftwerken im Binnenland regulieren.

Ihm gehe es stattdessen darum, zunächst Stromautobahnen von Nord nach Süd zu bauen. Weil der Strom nicht zum Verbraucher komme, müssten heute gerade in Schleswig-Holstein oder Sachsen-Anhalt Windräder heruntergefahren, die Erzeuger aber trotzdem bezahlt werden. Altmaier: „Ich finde das Abregeln skandalös!“

Hans-Josef Fell hält von solchen Einschränkungen für Windkraftwerke nicht. Der grüne Bundestagsabgeordnete aus Hammelburg sitzt am gleichen Tag in einem Nürnberger Kaffeehaus und schüttelt den Kopf. Fell gilt als einer der „Väter“ des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Genau auf diesem EEG beruhen die Investitionen in Anlagen zur Stromerzeugung aus Sonne, Wind, Bioenergie. „Den Windrädern muss Raum eingeräumt werden. Es gilt eine Genehmigungspflicht wegen des

Keine Antwort

Auf eine Frage der *Staatszeitung* aber hat der Umweltminister vor Ort keine Antwort: Wie er ein Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen vom Juli 2013 beurteile, wollten wir wissen. Das Gericht in NRW hat wohl erstmals den „Radarrang“ in Frage gestellt. Bisher gaben Gerichte fast automatisch Bundeswehr oder Flugsicherungsrecht, wenn die erklärten, Windräder störten Radaranlagen. „Für die Versärgung der Zustimmung muss nun zusätzlich exakt nachgewiesen werden, für welches flugbetriebliche Verfahren welche konkrete Gefahr entsteht“, erläutert ein Anwalt das Aachener Urteil (6 K 248/09), das aus seiner Sicht Windmüllern hilft.

Christian Schmidt, dessen Verteidigungsministerium für militärische Flugsicherungen zuständig ist, sieht die Aachener Entscheidung als nicht so essenziell an. Klar sei, die Sicherheit dürfe nicht wegen einem Windrad aufgegeben werden. „Aber es geht nicht mehr, zu sagen: Hier ist Militär und Flugzeug, Punktum! Gerade, weil wir auch die Energiewende als politisches Ziel haben.“ Für Schmidt sind solche Konflikte eindeutig „Kommunikationsthemen“, also einvernehmlich vor Ort zu klären. > HEINZ WRANESCHITZ



Rund um München wurden in den vergangenen Jahren schon einige Geothermieprojekte realisiert.

FOTO DPA

Im November findet in Essen ein großer Kongress zur Erdwärmenutzung statt

Geothermie im Fokus

Diesen November findet in Essen der Geothermiekongress 2013 statt. Vom 12. bis 14. November können Experten und Interessierte sich ein vollständiges Bild zu dieser Form der Energieerzeugung machen. Begleitet wird der Kongress von der Fachausstellung der Geo-T Expo. „Die Geothermie liefert schon heute bedeutende Beiträge zum Energiemix in Deutschland, insbesondere die oberflächennahe Nutzung der Erdwärme. Im Jahr 2012 wurden rund 930 Millionen Euro in neue Anlagen investiert. Rund 14 000 Arbeitsplätze sind der Geothermiebranche zuzuordnen“, sagt der Schirmherr des Kongresses, Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU).

Die tiefe Geothermie ist laut Altmaier als verlässliche erneuerbare Energie sowohl bei der Stromerzeugung als auch bei der Wärmeversorgung für Kommunen und Industriekunden, die eine nachhaltige Energieversorgung anstreben, von besonderem Interesse.

Für die künftige Entwicklung werde es aber vor allem darauf ankommen, ob es gelingt, Kostensenkungspotenziale zu erschließen. Eine interessante Option sei die Nutzung der Erdwärme mittels Wärmepumpen bei der Heizungsmodernisierung. Die Vielzahl der installierten Wärmepumpen habe in der Summe auch das Potenzial, Stromüberschüsse der Wind- und Solarenergie aufnehmen zu können und damit einen positiven Beitrag für das Gesamtsystem zu leisten. „Um die Wirtschaftlichkeit der Anlagen zu gewährleisten, müssen wir aber einen weiteren Anstieg der Strompreise entgegenwirken“, so der Minister.

Um die Nutzung der Geothermie voranzubringen, müssten Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zusammenarbeiten. Die Bundesregierung werde hierbei stets ein konstruktiver Partner sein. „Wir fördern Geothermieanlagen im Wärmemarkt insbesondere durch Zuschüsse im Marktanzreizpro-

gramm des Bundes und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) und im Strommarkt über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Darüber hinaus engagieren wir uns für den Abbau von Hemmnissen bei der Realisierung von Geothermievorhaben und natürlich in der Forschungsförderung“, so Altmaier.

Für den Ausbau der Geothermie in Deutschland, aber auch weltweit, ist es wichtig, dass Fachleute ihre Erfahrungen austauschen und Kontakte knüpfen können. Darum will Altmaier die Kongressteilnehmer dazu ermuntern, die Möglichkeiten der Konferenz zu nutzen und sich für den Ausbau der Geothermie und damit für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland zu engagieren.

In den verschiedenen Workshops werden unter anderem folgende Themen beleuchtet: Monitoring von Erdwärmanlagen, thermische Auswirkungen auf den Untergrund und das Grundwasser durch den Betrieb von Erdwärmesonden-Anlagen, Umwelteffekte von Oberflächengeothermieanlagen, Beschaffenheit tiefer Grundwasser, geothermische Energieerzeugung im regionalen Markt, 3D-Seismik zur Exploration geothermischer Reservoire. > BSZ

www.geothermie.de

ANZEIGE

Heizen mit Biomasse
www.Heizomat.de
ENERGIE IM KREISLAUF DER NATUR
Tel. 09836 / 9797-0
Heizomat Gerätebau-Energiesysteme GmbH • Maicha 21 • D-91710 Gunzenhausen
Fax +49 (0) 98 36 / 97 97 - 97
www.heizomat.de • info@heizomat.de
• Umweltneutrale Energiesysteme
• Holzackmaschinen für Hand- und Kranbeschickung
• Automatische Biomassefeuerungsanlagen 15 - 990 kW
BESUCHEN SIE UNS AUF DEM FREIGELANDE FGCO2 DER 14. RENEEXPO 2013 VOM 26. BIS 29.09.2013 IN AUGSBURG

GEOthermie IN GRÄFELFING

Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die Erschließung der Tiefengeothermiequelle in Gräfelting (Landkreis München) beginnen kann. Lange Zeit war es laut *Münchner Merkur* der Krallinger Abbruchfirma Trinkl nicht möglich, ihre Geothermiebohrrechte in der Gemeinde Gräfelting auszunutzen, da ihnen keine preisgünstigen Bohrangebote vorlagen. Mit der Zeit erhöhte sich der Druck, da es gesetzliche Durchführungsfristen gibt, die eingehalten werden müssen. Nun liegen Trinkl bezahlbare

Bohrangebote vor, die das wirtschaftliche Risiko sehr gering halten und eine Erschließung somit ermöglichen. Die letzte Hürde, die es zu bezwingen gilt, ist die Einigung zwischen der Gemeinde Gräfelting und der Firma Trinkl bezüglich des Abnahmepreises. Trinkl hält seit 2004 die Rechte an dem Bohrraual auf Gräfeltinger Flur. Dort will sie aus großer Tiefe heißes Wasser fördern. Mit der gewonnenen Wärme will Gräfelting Teile seines gerade entstehenden Fernwärmenetzes betreiben.



tewag – Wir verbinden Erkenntnisse neuester Forschung, wissenschaftliche Methoden und geologische Erfahrung aus jahrzehntelanger Praxis.

Was wir leisten:

- Planung und Betreuung von geothermischen Wärmequellsystemen in allen Leistungsphasen der AHO
- Von der Projektentwicklung über die Begleitung der Genehmigungsverfahren bis zur Bauüberwachung und Qualitätskontrolle
- Ermittlung und Bewertung von standortspezifischen Parametern durch geophysikalische und hydraulische Tests (u. a. mittels Thermal Response Test, Temperatur-Tiefen-Logging)
- Modellierung des Wärmetransports und der Grundwassereinflüsse im Untergrund mittels analytischen und numerischen Simulationen (FEM)
- Monitoring der Wärmequellsysteme

tewag
Technologie – Erdwärmanlagen – info@tewag.de
Umweltschutz GmbH www.tewag.de
Niederlassung Regensburg
Blumenstraße 24, 93055 Regensburg
Niederlassung Starzach
Am Haag 12, 72181 Starzach

Kominfo
Das kommunale Informationssystem der Firma goinform AG
Sie finden uns in Halle 12, Stand 402.
Die bayerische Vermessungsverwaltung hat mit der Abgabe des neuen Grundkartenformates ALKIS® begonnen.
Testen Sie mit Ihren neuen Daten den ALKIS®-Konverter von Kominfo® – kostenlos und unbefristet – und überzeugen Sie sich selbst von der Qualität und Leistungsfähigkeit unserer Software.
Ein Umstieg, der sich lohnt – ALKIS® und Kominfo®!

IP SYSCON
Kommunale in Nürnberg
23. - 24. Oktober 2013
Halle 12, Stand 435
Räumliche Fragestellungen nachhaltig lösen
www.ipsyscon.de

> Anschrift
Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH
Postfach 20 04 63
80004 München
Tel. 089-29 01 42-50
Fax -90
anzeigen@bsz.de

HEDIADATEN & THEMENPLAN aufordern!